

**Rede  
des Sprechers für Bau- und Wohnpolitik**

**Dirk Adomat, MdL**

zu TOP Nr. 14

Abschließende Beratung  
**Mieten-TÜV einführen!**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/2567

während der Plenarsitzung vom 14.05.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

das hört sich doch erst einmal gut an: Einen Mieten-TÜV einführen und feststellen lassen, ob sich ein Gesetz auf die Mieten auswirkt. Und es hört sich auch gut an, wenn sich die FDP jetzt um die Mieterinnen und Mieter sorgt.

Die Auseinandersetzung mit diesem Antrag zeigt jedoch schnell seine Mängel und Fehler auf. Dieser Antrag ist nicht neu. Er wurde schon in anderen Bundesländern von der FDP eingebracht und überall als nicht zielführend abgelehnt. Auch für Niedersachsen ist dieser Antrag nicht zielführend, wenn man wirklich bezahlbaren Wohnraum schaffen will.

Die Fragestellung, ob sich ein Gesetz auf die Mieten auswirkt, wird bereits geprüft. Die gemeinsame Geschäftsordnung der Landesregierung und der Ministerien beinhaltet diese Prüfung bereits. Immer dann, wenn die Landesregierung Gesetz- oder Verordnungsentwürfe vorlegt, werden in den Beschlussvorlagen die wesentlichen Ergebnisse einer Gesetzesfolgenabschätzung dargestellt. Darüber hinaus werden die voraussichtlichen Kosten des Gesetzentwurfes einschließlich der finanziellen Auswirkungen außerhalb der öffentlich-rechtlichen Verwaltung und sonstige Auswirkungen abgebildet.

Damit sind bereits jetzt alle wesentlichen Auswirkungen auf die Mieten durch Gesetzesvorlagen darzustellen und können von allen rechtzeitig erkannt werden. Etwas doppelt darzustellen, erhöht nicht die Rationalität der Entscheidungen, sondern würde Entscheidungen nur verzögern.

Der Antrag der FDP läuft damit ins Leere und würde nicht nur zu einer Überregelung führen, sondern es wäre ein zusätzlicher Aufwand erforderlich. So etwas kostet Zeit und Personal und somit Geld. Mehr Zeit, Personal und Geld aufzuwenden sind ja nicht unbedingt die Forderungen der FDP, sondern eher die Ergebnisse ihrer Politik.

Jetzt kann man sich die Frage stellen, ob der Antrag der FDP einfach nur abgeschrieben und schlecht recherchiert wurde, oder ob genau die Verzögerung von Gesetzen im Bereich des Bauens das Ziel ist.

Anrede,

der Antrag ist außerdem durch seine Fokussierung auf die Mieten ebenfalls nicht zielführend. Das Wohnen muss in Niedersachsen bezahlbar sein. Diejenigen, die sich Wohneigentum schaffen wollen, müssen das ebenfalls finanzieren können.

Es stellt sich die Frage, wie Sie mit diesem vermeintlichen Erkenntnisgewinn eines Mieten-TÜVs umgehen wollen. Werden Sie dann auf die Umsetzung von Erkenntnissen, die sich beispielsweise im Bereich des Brandschutzes ergeben, verzichten? Oder ist Ihr Ansatz, den Vermietern künftig die Investitionen in Energieeinsparungsmaßnahmen zu ersparen, was ja tatsächlich dann die Kaltmieten nicht erhöhen würde, von einer möglichen Heizkosteneinsparung würden die Mieterinnen und Mieter dann nicht profitieren. Erfordernisse des Klimaschutzes stellen Sie dann ebenfalls zurück.

Und richtig spannend wird es dann beim Mieterschutzgesetz, das wir noch in diesem Jahr beraten wollen. Wir Sozialdemokraten halten es nämlich für eine gute Idee, wenn Wohnraum auch über eine Heizung und fließend Wasser verfügt. Ein solches Gesetz würde aber durch Ihren Mieten-TÜV fallen. Wen wollen Sie damit also wirklich schützen?

Was wir wirklich brauchen, sind Änderungen im Mietrecht. Da hat die FDP im Bundestag die Chance, sich für Mieter einzusetzen.

Und ganz speziell für Niedersachsen benötigen wir mehr bezahlbaren Wohnraum. Da sind wir auf einem guten Weg. Sowohl für die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, als auch für private Investoren schaffen wir hervorragende Möglichkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das wird Mieten senken.

Meine Damen und Herren von der FDP, es gibt viele Möglichkeiten, die Mietbelastung zu senken. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns zukünftig bei diesen Gesetzesvorhaben unterstützen. Dazu werden Sie ausreichend Gelegenheit bekommen.

Ihr Antrag ist aber ganz klar abzulehnen.